

Die umstrittene Schulreform ist durch

Totalrevision der Gemeindeordnung Im Juni stimmt die Stadt Winterthur über eine neue Verfassung ab. Am Montag winkte der Gemeinderat die umstrittene Schulreform durch, doch fertig beraten ist noch lange nichts.



Die Debatte über die neue Gemeindeordnung war zumindest in der ersten Hälfte gut besucht. Foto: Marc Dahinden

Delia Bachmann
und **Gregory von Ballmoos**

Am Montag begann im Grossen Gemeinderat das öffentliche Ringen um die neue Verfassung von Winterthur. Die grosse Bedeutung dieses Unterfangens strich Andreas Geering (CVP), der die Spezialkommission zur Totalrevision der Gemeindeordnung präsidiert, gleich zu Beginn heraus: «Ein Geschäft dieser Tragweite ist nicht jeder Politikergeneration vergönnt.»

Die letzte Version ist von 1989. Nun, nach über 30 Jahren, soll die Verfassung ein Update erhalten. Allzu eilig hatten es die Parlamentarier allerdings nicht mit der Debatte. Es gab diverse Fraktionserklärungen zu Themen, die nicht oder noch nicht traktandiert waren. «Eine Stunde für die Tribüne», resümierte Geering und äusserte einen Geburtstagswunsch: «Ich hoffe, dass wir heute Abend zur Schlussab-

stimmung kommen.» Anders als sonst war die «Tribüne» wenigstens voll; die Eulachhalle bis auf den letzten Stuhl besetzt. Das dritte Lehrjahr der KV-Lernenden, eine Schulklasse der Mechatronik-Schule Winterthur sowie der Schulpfleger Markus Gerber waren da. Besonders kontrovers wurde im Vorfeld die Schulreform diskutiert. So sollen die Kreisschulpfleger in ihrer heutigen Form abgeschafft werden. Dies, weil es zwischen ihnen und dem Schuldepartement immer wieder ein Kompetenzgerangel und folglich Ineffizienzen gab.

Neues Modell in letzter Minute

Die Schule war denn auch der Grund, warum die ehemalige Schulpflegerin und SVP-Gemeinderätin Maria Wegelin im Rat den Antrag stellte, das Geschäft an die Kommission zurückzuweisen. Ihre Posi-

tion: «SVP steht für Schule vor Politik.» Sie konterte etwa die Kritik, die Kreisschulpfleger seien kleine Königreiche, und kritisierte ihrerseits die Machtverschiebung zum Stadtrat: «Die Vorlage ist noch nicht reif für eine Abstimmung.» Im Rat hatte der Rückweisungsantrag dann aber keine Chance, und so startete nach zwei Stunden die Debatte zu den einzelnen Verfassungsartikeln.

Iris Kuster (CVP) kritisierte beim aktuellen Entwurf den Aufbau einer riesigen «Bildungsbürokratie». Die Volksschule verliere den Bezug zum Volk. Sie erinnerte daran, dass früher sogar die Lehrer gewählt wurden. Bei der Debatte über die Organisation der Schulbehörden zog Kuster dann ein neues Modell aus dem Hut. Es ist eine Mischung aus Status quo und offiziellem Entwurf und würde die vier Kreisschulpfleger retten, nicht aber die 43 Schulpfleger und die Schulbesuche.

Der «Last-Minute-Vorstoss» kam bei den Grünliberalen gar nicht gut an: «Wir wollen einen grossen Schritt und nicht dieses wenig überzeugende Mischmasch aus dem konservativen Zentrum», sagte Urs Glättli. Auch die EVP lehnte sowohl das CVP-Modell als auch den Vorstoss der SVP – sie forderte den Status quo – ab: «Es braucht aber nicht für jedes Quartier eine Schulpflege. Wir sind sicher, dass die Kinder gewinnen bei einer Schulreform.»

Grosses Mehr für das Original

Die FDP begrüsst eine Professionalisierung und damit den Verfassungsentwurf, wenn auch nicht vollumfänglich. Die Frei-

sinnigen kritisierten etwa das Pensum von 30 Prozent für eine Schulpflegerin als zu tief: «Wir hätten 50 bis 70 Prozent gefordert, wollen die Gemeindeordnung aber nicht der Schulreform opfern», begründete Anna Rellstab-Schneider den Entscheid.

Die geballte Kritik ging an den Mitgliedern der Spezialkommission nicht vorbei: «Wir sind entsetzt und fühlen uns befremdet angesichts des Misstrauens an der Kommissionsarbeit», sagte Cristina Bozzi-Brunel (SP). So würden die Schulpfleger noch immer an der Urne gewählt, und auch die Quartierverbundenheit sei berücksichtigt worden.

«Die professionellen Schulleitungen haben eine solche Führung verdient», sagte Schulstadtrat Jürg Altwegg (Grüne) zum Schluss. Bei der Abstimmung war das CVP-Modell beliebter als jenes der SVP. Gegen den ursprünglichen Entwurf hatte jedoch auch dieses keine Chance. Der Gemeinderat stimmte der Schulreform mit grossem Mehr zu.

Hegi wird doch kein Stadtkreis

Im Laufe des Abends gab es viele Anträge, aber nur wenige Änderungen am Entwurf der Gemeindeordnung. So waren die meisten Räte der Meinung, dass die grossen Worte einer Präambel nicht zum trockenen Charakter der Verfassung passten.

Danach ereignete sich eine kleine Überraschung: Der Stadtrat beantragte, den achten Stadtkreis Hegi aus dem Entwurf zu streichen. Stadtpräsident Michael Künzle (CVP) argumentierte, dass es ihn nicht brauche und dass ihn die Bevölkerung nicht wolle: «Ich habe bei dieser Fra-

ge kein Feuer festgestellt in Hegi.» Parteikollege Andreas Geering hielt dagegen: «Ein zweites Stadtzentrum verdient einen eigenen Stadtkreis.» Er betonte, dass Hegi von Oberwinterthur weit weg sei. So sei man mit dem ÖV von Hegi aus schneller am Flughafen Zürich als im Zentrum von Oberi. Seine Argumente verfielen nicht, der Rat strich den Stadtkreis Hegi wieder aus der Verfassung.

Es gibt eine zweite Runde

Mit fortgeschrittener Stunde zog auch das Tempo an. Die Pausen zwischen den Abstimmungen wurden kürzer. Die SVP scheiterte sowohl mit dem Antrag, die Betriebsbeamten weiter durch das Volk oder dessen Vertreter wählen zu lassen, wie auch mit dem Versuch, die Ausgabenkompetenzen des Stadtrats auf dem jetzigen Niveau zu belassen.

Felix Helg (FDP) versuchte vergeblich, den Begriff «Grosser Gemeinderat» zu retten. Urs Hofer (FDP) wies darauf hin, dass dies nicht die Parteimeinung sei. Und Raphael Perroulaz trug weiter zur Verwirrung bei: Der Grosse Gemeinderat habe mal Grosse Gemeinderat geheissen. Nächstes Jahr wird das Parlament der Stadt Winterthur dann Stadtparlament heissen.

Um 22.15 Uhr stellte Michael Gross (SVP) aus familiären Gründen den Antrag, die Sitzung abzubrechen. «Ich will beliebt machen, dass wir jetzt durchziehen», entgegnete Stadtpräsident Michael Künzle und verwies auf den engen Zeitplan. Bereits im Juni soll die Winterthurer Stimmbevölkerung über die neue Verfassung abstimmen können.

Pavillon-Pleite wurde zum Thema im Gemeinderat

Schulpavillons Der Landbote machte am Samstag publik, dass sich die Stadt Winterthur bei der Anschaffung von neuen Schulpavillons gleich zwei Faux-Pas geleistet hatte. Die Ausschreibung musste zuerst wiederholt werden, dann wurde der Entscheid vom Verwaltungsgericht kassiert. Zweimal gewann die lokale Firma Baltensperger, nun liefert aber trotzdem die Firma Blumer-Lehmann aus Gossau.

Für die FDP-Politikerin Romana Heuberger ist dieses Submissionsverfahren gleich in mehrfacher Hinsicht ein «Debakel». Zum einen habe die Kommission aus den Medien über diese Vorgänge erfahren und sei nicht vom Stadtrat selber informiert worden. Zudem zeichne sich ein Millionenschaden und ein «Reputationsdesaster» ab. Sie fordert von der zuständigen Stadträtin, Christa Meier, «eine fundierte Analyse zu machen und zu prüfen, ob nicht noch eine dritte Ausschreibung möglich wäre». Die Stadt soll nur zwei Module von Blumer-Lehmann kaufen und dann den Auftrag neu ausschreiben.

Verärgerte Baustadträtin

Baustadträtin Christa Meier (SP) räumt in einem leicht verärgerten Grundton ein, dass es zwar eine «unglückliche Submissionsgeschichte» sei, aber die Stadt eigentlich gar keine anderen Möglichkeiten gehabt habe. Eine dritte Ausschreibung sei zudem keine Option, das hatte Meier bereits am Freitag gegenüber dem Landboten klar gestellt. (gvb)

Parkplatzfrust im Bruderhaus an warmen Tagen

Parkplatz Bruderhaus «Statt Tierstimmen hörten die Spaziergänger im Tierpark Bruderhaus nur fluchende Autofahrer und laufende Motoren», sagte Reto Diener (Grüne) im Grossen Gemeinderat. Das Problem ist laut Diener, dass man den Zufahrten an der Langgasse und nicht sieht, ob es noch freie Parkplätze gibt. Zudem werden mehr Billets ausgegeben, als es Parkplätze hat.

«Das wurde bewusst so gemacht», antwortete der zuständige Stadtrat Stefan Fritschi, «denn die Parkplätze liegen an einer öffentlichen Strasse – eine Durchfahrt muss möglich sein.» Die Stadt hat eine Signalisation bei den Zufahrten offerieren lassen. Eine Anzeige, die die Autofahrer informiert, ob noch Parkplätze frei sind, würde rund 50'000 Franken kosten.

Laut Fritschi sei das Problem eine Kombination aus Pandemie, warmen Tagen und der Spezialsituation im Bruderhaus. Denn der Winterthurer Tierpark durfte während des zweiten Shutdown geöffnet bleiben. Da sei man etwas «überrollt» worden. Dies jedoch gleich als Grund für einen Vorstoss zu nehmen, sei «unfair», so Fritschi.

Linie 12 soll Problem lösen

Im Moment wird das Problem durch den Einsatz von Verkehrskadetten gelöst und: Ab dieser Woche nimmt die Buslinie 12 den Betrieb wieder auf. Diese verbindet die Stadt jeweils am Mittwochmittag und am Wochenende mit dem Bruderhaus. (gvb)

Die wichtigsten Änderungen im Überblick

— Finanzkompetenz

Neu darf der Stadtrat einmalige Ausgaben von 2 Millionen und wiederkehrende Kosten von 200'000 Franken tätigen, ohne die Erlaubnis des Gemeinderats einzuholen. Damit verzehnfacht sich seine Ausgabenkompetenz. Einen Volksentscheid braucht es ab 8 Millionen (heute 5 Millionen).

— Schulreform

Neu werden sechs Schulpfleger in Teilzeitpensum an der Urne gewählt. Die Führung der heutigen vier Schulkreise übernehmen vier «Leiter Bildung», die zur Verwaltung gehören. Heute besteht die Schulbehörde aus

43 Milizpolitikern und vier unabhängigen Kreisschulpflegerpräsidentinnen und -präsidenten.

— Mitspracherecht

Eine Versammlung von 50 Jugendlichen oder 100 Ausländer können zusammen einen Vorstoss im Gemeinderat einreichen.

— Teilzeitjob

Das Stadtratsamt wird zum Teilzeitjob. Verboten wird jedoch ein Doppelmandat. Ein Stadtrat darf nicht Kantonsrat oder Nationalrat werden.

— Namensänderung

Der Grosse Gemeinderat heisst ab nächstem Jahr Stadtparlament. (dh/gvb)